



Informationen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

FRIEDENS-INFO

Weitere Infos & Kontakt: news.dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

NATO-Aggression stoppen!

Der Hetze gegen China entgegenzutreten – den nächsten großen Krieg verhindern!



Foto: UZ-Archiv

Die US-geführte NATO führt in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Russland – und hat China im Visier. Die deutsche Bundesregierung, angeführt von der Kriegstreiberpartei „Die Grünen/Bündnis 90“, heizt den Konflikt kräftig an. Der Wirtschaftskrieg gegen China hat längst begonnen, die militärische Einkreisungspolitik gegen die VR China nimmt bedrohliche Züge an. Dafür stehen neue Koalitionen, Manöver und Drohgebärden vor Chinas Küsten und Provokationen in Taiwan. Das alles wird flankiert von antichinesischer Hetze in den Medien.

Die NATO-Aggression gegen Russland und China bringt die Welt an den

Abgrund eines 3. Weltkrieges, eines Atomkrieges. Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ruft alle Friedenskräfte auf, sich dieser Aggressionspolitik entgegenzustellen.

Die USA im Abstiegskampf

Die Aggression gegen China kommt nicht von ungefähr. Der US-Imperialismus kämpft erbittert um seine Vormachtstellung in der Welt und gegen seinen ökonomischen Abstieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich die USA zur dominanten imperialistischen Macht. Mit der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern verschwand das Gegengewicht, die Sowjetunion. Als größte Militärmacht

der Welt und Führungsmacht der NATO, mit dem Dollar als Weltwährung, dem wichtigsten Binnenmarkt und den größten Monopolen der Welt waren die USA die einzige Supermacht.

Heute verlagert sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft nach Asien. Die Volksrepublik China ist heute die größte Volkswirtschaft der Welt. Doch nicht nur quantitativ ist China an Europa und den USA vorbeigezogen, sondern auch in den Hochtechnologiebranchen stellt die VR China eine mehr als ernstzunehmende Konkurrenz dar. Mit der „Belt and Road Initiative“ (Neue Seidenstraße), dem größten Investitionsprojekt der Ge

12 Punkte für den Frieden

Während die USA und ihre westlichen Verbündeten den Krieg in der Ukraine durch Waffenlieferungen und Unterstützung des Kiewer Regimes anheizen und verlängern, um Russland zu Fall zu bringen, hat China einen 12-Punkte-Plan für den Frieden vorgelegt. Wie auch Brasiliens Präsident Lula setzt sich die Volksrepublik für Verhandlungen ein, die die Sicherheitsinteressen Russlands einschließen.

Die 12 Punkte des chinesischen Friedensplans lauten:

1. Die Souveränität aller Länder respektieren.
2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges.
3. Die Feindseligkeiten beenden.
4. Friedensgespräche wiederaufnehmen.
5. Die humanitäre Krise bewältigen.
6. Zivilisten und Kriegsgefangene schützen.
7. Kernkraftwerke sichern.
8. Strategische Risiken verringern.
9. Getreideexporte erleichtern.
10. Einseitige Sanktionen beenden.
11. Industrie- und Lieferketten stabil halten.
12. Den Wiederaufbau nach Konflikten fördern.

Die DKP fordert die deutsche Bundesregierung auf, sich mit aller Kraft für die Umsetzung dieses 12-Punkte-Plans einzusetzen und alle Anstrengungen zu unternehmen, die zur Realisierung des Plans beitragen.

Außenministerin Annalena Baerbock hat das Gegenteil getan und Russland den Krieg erklärt. Die DKP hat sie deshalb wegen „Friedensverrat“ angezeigt.

**Den Frieden gewinnen,
nicht den Krieg!
Hoch die internationale
Solidarität!**



schichte, fordert China die globale Dominanz der westlichen Monopole heraus. Die Volksrepublik vergibt in der Regel zinsgünstige Kredite mit langen Laufzeiten und verzichtet auf Reformauflagen. Damit ist China vor allem für viele afrikanische Länder ein attraktiver Partner. Den Ländern des globalen Südens, aber auch EU-Staaten, öffnen sich neue Spielräume zum Beispiel für Investitionen in Infrastruktur.

Steigende Kriegsgefahr

Die führenden imperialistischen Länder sehen ihre Position in Gefahr. Deswegen entfesseln sie auf allen Ebenen einen aggressiven Kampf gegen China – und ebenso gegen mögliche Bündnispartner Chinas, allen voran gegen die Russische Föderation. Nichts wird unversucht gelassen: Handelskriege und Sanktionen, diplomatische Isolierung, neue, gegen China gerichtete Militärbündnisse, militärische und diplomatische Provokationen vor Chinas Haustür und die großzügige Finanzierung von antichinesischen NGOs innerhalb und außerhalb Chinas. Das in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA erklärte Ziel ist es, die VR China „niederzukonkurrieren“.

Die neue Pazifikstrategie der USA sieht zusätzliche Investitionen von einer knappen Milliarde Dollar vor, um die ökonomische, politische und militärische Vorherrschaft auf den pazifischen Inseln auszubauen. 2022 wurde dafür in kolonialer Manier das Bündnis „Partner im Blauen Pazifik“ aus der Taufe gehoben. Darin vereinigen sich die USA, Japan, Australien,

Neuseeland und Großbritannien – Frankreich und Deutschland wurden zur Mitarbeit eingeladen. Mit der militärischen Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan, Australien und Indien („Quad“) wird eine Art zweite NATO geschaffen, immer mehr militärische Kräfte der NATO werden in den asiatisch-pazifischen Raum verlegt. US-Präsident Joe Biden sieht Washington vor dem „entscheidenden Jahrzehnt“ im Machtkampf gegen China. Nach wie vor verfügen die USA über die stärkste Armee der Welt. Es besteht die reale Gefahr eines dritten Weltkriegs, der vor allem von den USA, aber auch von Staaten wie der Bundesrepublik gegen China forciert wird.

BRD in der Zwickmühle

Die Haltung des deutschen Imperialismus ist so widersprüchlich wie seine Interessen. Einerseits will und muss man mit China Geschäfte machen, um international konkurrenzfähig zu bleiben und sich nicht selbst von einem enorm wichtigen Absatzmarkt, aber zunehmend auch einem bedeutenden Forschungs- und Entwicklungsstandort, abzukoppeln. Entsprechend äußerte sich auch Kanzler Scholz in der FAZ („Wir wollen kein Decoupling“). Andererseits sieht man China als systemischen Rivalen, als Konkurrenten, mit dem keine strategische Allianz machbar scheint.

Die Debatten im politischen Establishment widerspiegeln dabei die kurz- und mittelfristigen Interessen





des deutschen Monopolkapitals, Profite zu realisieren – egal mit wem – und dem eher langfristigen Interesse, wichtigster und bedeutendster Partner der herrschenden Supermacht zu bleiben. Die eigenen Weltmachtambitionen werden anscheinend mehrheitlich im Bündnis mit den USA als besser realisierbar angesehen. Auf die Konfrontation gegen China zu verzichten hieße für das deutsche Monopolkapital, auf eine herausragende Stellung und deren Ausbau im internationalen Kräfteverhältnis zu verzichten. Das kann das Monopolkapital nicht. Zusätzlich üben die USA erfolgreich Druck auf die europäischen Staaten aus, sich in ihren Konfrontationskurs gegen China einzugliedern.

Aktiv für den Frieden mit China

Der imperialistisch gewordene Kapitalismus drängt zum Krieg. Die multinational agierenden Großbanken und -konzerne konkurrieren weltweit um billige Rohstoffe und Absatzmärkte. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus brauchen sie die Unterstützung „ihrer Heimatstaaten“, um sich in der Konkurrenz Vorteile zu verschaffen. Das führt unweigerlich zu Handelskonflikten, Wirtschaftskriegen und militärischen Konflikten. Als Kommunistinnen und Kommunisten sind wir uns bewusst, dass die Befreiung der Menschheit von der Geißel des Krieges nur durch den Sozialismus möglich ist.

Das hält uns nicht davon ab, Teil einer breiten Friedensbewegung zu sein, um die Kriegsgefahr zu stoppen.

Die Aggression der westlichen imperialistischen Staaten gegen Russland und China erhöht die Gefahr eines dritten Weltkriegs. Wir wenden uns gegen die gefährliche Konfrontationspolitik und setzen uns ein für gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit, friedliche Koexistenz, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und die Wahrung des Völkerrechts. In diesem Sinne klären wir über die nichtmilitärische Außenpolitik der VR China auf, die im Gegensatz zur massiven Interventionspolitik von USA, EU und NATO steht. Dieser Gegensatz zeigt sich aktuell im Ukrainekrieg. Während USA, EU und Deutschland das Land bis an die Zähne bewaffnen, um den Krieg zu verlängern, sucht China nach Friedenslösungen.

In diesem Sinne diskutieren wir auch in der Friedensbewegung und in den Gewerkschaften gegen die antichinesische Politik von etablierten Parteien und ihre Kampagnen, insbesondere von „Bündnis 90/Die Grünen“, und die Stimmungsmache in den bürgerlichen Medien. Die Aktivitäten gegen die VR China, seien sie ökonomischer, politischer oder gar militärischer Natur, müssen gestoppt werden. Wir weisen jede Form der Dämonisierung Chinas zurück.

Für Heizung, Brot und Frieden!

Der Kampf gegen Aufrüstung und der Kampf gegen die Verarmung größerer Teile der Bevölkerung gehören zusammen. Zig Milliarden für die Rüstung und ein Sondervermögen für die Bundeswehr fehlen uns in allen sozialen Bereichen. Wirtschaftskrieg und Sanktionen gegen Russland und China sind mitverantwortlich für die horrenden Preissteigerungen für Energie, aber auch für Lebensmittel, in unserem Land. Wir fordern das Ende der Sanktionen und orientieren auf Aktionen gegen die Hochrüstungspläne der Bundesregierung, die die nächsten großen Kriege ermöglichen sollen. Wir verbinden den Friedenskampf mit der sozialen Frage und den Protesten gegen die Verarmungspolitik der Bundesregierung. Wir Kommunistinnen und Kommunisten stehen für den Schulterschluss von Arbeiter- und Friedensbewegung. Wir streiten gemeinsam für Heizung, Brot und Frieden!

Auch in Betrieben und Gewerkschaften wirken Propaganda und Standortlogik. Viele haben – oft auch nur gefühlsmäßig – verinnerlicht: „Wir sind die Guten“ und „die“ im Osten, vor allem in China und Russland, das sind „die Bösen“. Wir stellen uns gegen diese nationalistische Ideologie und versuchen die Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass wir unsere Interessen als Werktätige in Deutschland nur gemeinsam im



Konflikt mit „unseren“ Kapitalisten durchsetzen können.

Für internationale Solidarität!

Wir treten für internationale Solidarität unter den Beschäftigten und Gewerkschaften ein und stellen uns der Propaganda eines angeblichen Ausverkaufs der deutschen Wirtschaft durch China entgegen. Wir betonen die gemeinsamen Interessen von Kolleginnen und Kollegen verschiedener Herkunft in Deutschland wie der internationalen Arbeiterklasse insgesamt. Die Unterstützung der Bundesregierung für die Monopole im Konkurrenzkampf gegen China wird auf unserem Rücken ausgetragen und auf Umwegen aus unseren Taschen bezahlt. Wir brauchen den Schulterschluss der Gewerkschaften mit der Friedensbewegung!

Wir fordern die Schließung von NATO-Stützpunkten und die Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion. Die BRD darf nicht länger Drehscheibe der NATO-Truppen für ihre Kriege sein. Wir treten der rasanten Militarisation und Kriegspropaganda in den Medien und der Bundeswehrwerbung unter Jugendlichen und insbesondere an Schulen entgegen.

Den Kampf um den Frieden intensivieren heißt: Abrüsten jetzt!

Die DKP fordert:

- ★ Deutschland raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland!
- ★ Abzug der US-Atombomben aus Deutschland und Schließung der NATO-Stützpunkte!
- ★ Frieden mit Russland und China!

Foto: UZ-Archiv

Dieses Friedensinfo basiert auf Beschlüssen des 25. Parteitag der DKP, der im März 2023 in Gotha stattfand. Neben den Beschlüssen „Frieden mit China“ und „Die Zukunft gewinnen! Nie wieder Krieg! 12 Punkte für den Frieden!“ hat der Parteitag mit dem Dokument „Die VR China, ihr Kampf um den Aufbau eines modernen sozialistischen Landes und die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse“ einen Zwischenstand in der China-Debatte der DKP beschlossen. Die Dokumente sind nachzulesen unter:

unsere-zeit.de/25-parteitag-der-dkp

**Löhne rauf –
Preise runter!
Wirtschaftskrieg
und Aufrüstung
stoppen!**

**Raus aus
der NATO**



unsere-zeit.de

V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP-Parteivorstand, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema
Frieden – dort weiter, wo
andere Medien längst
schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Parteivorstand**
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP-Parteivorstand, Hoffnungstr. 18, Essen